

Darmstadt setzt auf mehr Sicherheit

Nach den Angriffen der Hamas fahren Polizei und Jüdische Gemeinde die Schutzvorkehrungen hoch

Von Thomas Wolff

DARMSTADT. Mit „Entsetzen und Abscheu“ hat die Darmstädter Stadtregierung auf den von der Hamas entfesselten Krieg gegen Israel reagiert. Oberbürgermeister Hanno Benz (SPD) erklärte: „Wir sind erfüllt von Trauer und Sorge.“ Das ganze Mitgefühl der Darmstädterinnen und Darmstädter gelte den Betroffenen und ihren Angehörigen. Zu Solidaritätskundgebung ruft ein breites Parteienbündnis für den Dienstagabend auf dem Friedensplatz auf, mit organisiert von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Darmstadt.

Ab 18.30 Uhr sollen am Dienstag unter anderem Oberbürgermeister Hanno Benz (SPD) und Daniel Neumann reden, der Vorsteher der Jüdischen Gemeinde. Rund um die Synagoge gelten derzeit erhöhte Schutzvorkehrungen. Landespolizei und Gemeinde sind seit Beginn der Hamas-Angriffe am Wochenende auf Israel in engem Austausch.

Neumann sagte am Montag auf Anfrage: „Wir haben von Gemeindeseite eine verbesserte Sicherheitsarchitektur und eine stärkere personelle Ausstattung geschaffen.“ Zudem gebe es eine veränderte Routine bei den Streifen der Landespolizei. Diese sind schon seit der Einweihung der neuen Darmstädter Synagoge 1988 zum Schutz der Jüdischen Gemeinde und ihrer Gäste im Dauereinsatz – nun in verstärktem Maße, wie die Polizei bestätigt.

Zur Routine der Landespolizisten gehört seit Jahren, dass vor Synagogen, jüdischen Gemeindezentren, Schulen oder Kindergärten – unabhängig von Feiertagen – ein Streifenwagen Wache hält, wenn sich dort Menschen zum Gottesdienst oder zum Unterricht treffen. Doch nun gilt erhöhte Alarmbereitschaft – landesweit, auch in Darmstadt.

Südhessens Polizeipräsident Björn Gutzeit habe sich kurz nach Bekanntwerden der Terroranschläge am Samstag mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zur aktuel-



Unter höherer Überwachung steht auch die Synagoge der jüdischen Gemeinde Darmstadt nach den Hamas-Anschlägen in Israel. Foto: Schiek

len Lage ausgetauscht, heißt es aus dem Präsidium. Vorsteher Neumann goutiert das und fügt hinzu: „Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall.“

Nach den vermehrten Anschlägen auf deutsche Synagogen in den vergangenen zwei Jahren rüsten die jüdischen Gemeinden hessenweit ihre Sicherheitseinrichtungen ohnedies Stück für Stück planvoll auf. Das ist auch in Darmstadt der Fall. Angesichts des Hamas-Terrors hatte der israelische Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, jetzt vor möglichen Angriffen auf jüdische Einrichtungen in ganz Deutschland gewarnt. Es bestehe die „höchste Gefahr“ solcher Anschläge. Neumann sieht das auch so. Er sagt: „Wir wissen, mit wem wir es zu tun haben.“

Die mörderischen Angriffe schlugen mitten in das jüdische Fest Simhat Tora ein – eigentlich ein Freudenfest, erklärt Neumann. Aber auch, wenn der Terror und die Trauer um die Toten alles überlagerten: Die Gemeindeglieder hätten entschieden, ihren Feiertag dennoch

gemeinsam zu begehen. „Unglaubliche Traurigkeit, Schock und Entsetzen“ erfülle die Jüdinnen und Juden in Darmstadt. „Aber wir lassen uns von solchen Ereignissen nicht unterkriegen“, sagt der Vorsteher. „Wir werden unsere Feste weiter feiern.“

Sehr viele der rund 600 Gemeindeglieder hätten Verwandte, Freunde und Bekannte in Israel, um die sie sich nun sorgen. Erwachsene Söhne und Enkel würden zum Armeedienst einberufen.

Neumanns eigene Verwandtschaft, sagt er, „hat das Wochenende in weiten Teilen in Schutzbunkern verbracht“, wie Hunderttausende andere Israelis.

Auch Darmstadts Oberbürgermeister Benz äußerte sich „entsetzt über diesen unglaublichen Terrorakt“, wie er am Montag auf Anfrage sagte. Das Mitgefühl der Darmstädter habe er per Telefon auch seinem Amtskollegen Ronen Marely mitgeteilt, Bürgermeister der israeli-

schen Partnerstadt Nahariya. Er habe ihm „Darmstadts tiefempfundene Solidarität versichert“. Man werde die Israelis unterstützen, wo immer es nötig wäre.

Benz verweist darauf, dass es in Darmstadt in den zurückliegenden Jahren keinerlei Übergriffe auf jüdische Einrichtungen oder Veranstaltungen gegeben habe. „Aber auch bei uns gilt jetzt eine erhöhte Aufmerksamkeit“, sagt der OB. „Wir sind wachsam.“

Bereits am Montagabend widmeten die Teilnehmer des ökumenischen Friedensgebets ihr wöchentliches Treffen am Kapellplatz der Solidarität mit den Menschen in Israel. Neben Gesängen wurden auch Teile der jüngsten Erklärung der „Rabbiner für Menschenrechte“ verlesen. Darin heißt es: „Sicherheit ist kein Privileg, sondern ein grundlegendes Menschenrecht.“ Dieses werde seit vielen Jahren sowohl Israelis wie Palästinensern vorenthalten. Einer der Teilnehmer erklärte: „Was können wir dem entgegen setzen? Nichts – außer Hoffnung.“



Friedensgebet für Israel in der Ruine am Kapellplatz. Das Evangelische Dekanat organisiert das Treffen jede Woche. Foto: Andreas Kelm

► KOMMENTAR